

Vorlage Nr. 15/1448

öffentlich

Datum: 29.12.2022
Dienststelle: Fachbereich 31
Bearbeitung: Frau Dr. Teimann/Frau Nitsche

Umweltausschuss **18.01.2023** **Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Bericht UN-Klimakonferenz 2022

Kenntnisnahme:

Der Bericht über die UN-Klimakonferenz 2022 wird gem. Vorlage Nr. 15/1448 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.

nein

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025. nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (Ifd. Jahr):

Produktgruppe:

Erträge:

Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan

Aufwendungen:

/Wirtschaftsplan

Einzahlungen:

Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan

Auszahlungen:

/Wirtschaftsplan

Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:

Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:

Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten

In Vertretung

A l t h o f f

Zusammenfassung

Die jährlich stattfindende UN-Klimakonferenz ist die Versammlung der Vertragsstaaten (Conference of the Parties, COP) der UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC).

Die COP 27 fand vom 6. - 19.11.2022 im ägyptischen Sharm El Sheikh statt und stand unter dem Motto „Together for just, ambitious implementation NOW“ („Gemeinsam für eine gerechte, ambitionierte Umsetzung JETZT“).

Primäres Thema war die Nachbesserung der weltweit vereinbarten Klimaziele, da die bisher eingereichten Klimaschutzprogramme der Mitgliedstaaten nicht ausreichen werden, um die Erderwärmung um 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Die UN-Klimakonferenz einigte sich erstmals auf einen gemeinsamen Geldtopf zum Ausgleich von Klimaschäden in Entwicklungsländern, die besonders gefährdet sind. Der neue Ausgleichsfonds soll unabwendbare Folgen der Erderwärmung abfedern, wie etwa immer häufigere Dürren, Überschwemmungen und Stürme, aber auch der steigende Meeresspiegel und Wüstenbildung.

Relevanz für den LVR

Neben dem Bereich der Beschaffung und der darin vorgelagerten Lieferkette werden CO₂-Emissionen im Wesentlichen in den Sektoren der Gebäudeinfrastruktur und Mobilität freigesetzt.

Erste Transformationsprozesse im LVR sind in Bezug auf CO₂-Emissions-Monitoring, Datenanalyse, dezernatsübergreifende innerbetriebliche Umsetzung und Öko-Auditierungen auf den Weg gebracht.

Die flächendeckende Einführung von EMAS als Umweltmanagementsystem in allen LVR-Dienststellen wurde durch den Verwaltungsvorstand beschlossen und wird weiter vorangebracht.

Ein Zähler- und Messstellenkonzept ist beauftragt und wird im Bereich des Allgemeinen Grundvermögens derzeit ausgerollt. Die daraus gewonnenen Messwerte werden in eine Energiedatenmanagement-Software eingespeist, ausgewertet und analysiert.

Die Dezernate 1,3 und 6 erstellen gemeinsam ein Mobilitätskonzept, das zu einer Reduzierung von CO₂-Emissionen führen soll.

Begründung der Vorlage Nr. 15/1448:

Bericht UN-Klimakonferenz 2022

1. Ausgangssituation

Die jährlich stattfindende UN-Klimakonferenz ist die Versammlung der Vertragsstaaten (Conference of the Parties, COP) der UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC).

Die Klimarahmenkonvention ist das internationale, multilaterale Klimaschutzabkommen der Vereinten Nationen mit dem Ziel, eine gefährliche anthropogene - also eine vom Menschen verursachte - Störung des Klimasystems zu verhindern. Die UNFCCC wurde 1992 im Rahmen der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro ins Leben gerufen und trat zwei Jahre später in Kraft. Mittlerweile haben 195 Staaten die UNFCCC ratifiziert.

Es folgte 1997 das Kyoto-Protokoll, das zunächst für die Industriestaaten konkrete Minderungspflichten von insgesamt 5,2 Prozent gegenüber den Emissionen im Jahr 1990 vorgab. Als das Protokoll auslief, konnte sich die Staatengemeinschaft zunächst auf kein Nachfolgemodell einigen. Es kam zu einem Tiefpunkt bei den Klimaverhandlungen in Kopenhagen 2009. Erst im Jahre 2015 einigten sich die Unterhändler*innen auf das Pariser Abkommen, das statt fester Minderungspflichten einiger Staaten nationale Klimaschutzziele für alle Staaten vorsieht. Seither wird das Pariser Abkommen fortgeschrieben und weiter ausgeführt.

Seitdem haben fast alle Staaten nationale Klimaschutzprogramme entwickelt. Diese werden im Rahmen des Pariser Abkommens in Form von „NDCs“ (Nationally Determined Contributions, nationaler Klimaschutzbeitrag) bei den Vereinten Nationen eingereicht. Deutschland tut dies gemeinsam mit seinen europäischen Partnern.

Die ursprünglich als UN-Klimakonferenz 2020 im schottischen Glasgow geplante COP 26 wurde aufgrund der COVID-19-Pandemie auf den Zeitraum vom 31. Oktober bis 12. November 2021 vertagt. Ziel dieser Klimakonferenz der Vereinten Nationen war es, einen effektiven Klimaschutz in die Wege zu leiten – speziell das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens in Reichweite zu halten.

Die bisher bei den Vereinten Nationen eingereichten Klimaschutzprogramme reichen jedoch nicht aus, um das Ziel einer Erderwärmung um möglichst nur 1,5 Grad Celsius zu erreichen. Daher sind weitere und verstärkte Anstrengungen notwendig. ¹

2. UN-Klimakonferenz (COP 27) Sharm El Sheikh 2022

Die COP 27 fand vom 6. - 19.11.2022 im ägyptischen Sharm El Sheikh statt und stand unter dem Motto „Together for just, ambitious implementation NOW“ („Gemeinsam für eine gerechte, ambitionierte Umsetzung JETZT“).

¹ Bundesregierung, 14.11.2022; Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimakonferenzen-rueckblick-1965144>

Primäres Thema war die Nachbesserung der weltweit vereinbarten Klimaziele, da die bisher eingereichten Klimaschutzprogramme der Mitgliedstaaten nicht ausreichen werden, um die Erderwärmung um 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Am Eröffnungstag beschloss das Konferenzplenum, Finanzhilfen für ärmere Staaten zur Bewältigung klimabedingter Schäden als eigenen Punkt auf die Verhandlungsagenda zu setzen. In den Vorjahren hatten die Industriestaaten das Thema ausgeklammert.

Die UN-Klimakonferenz einigte sich erstmals auf einen gemeinsamen Geldtopf zum Ausgleich von Klimaschäden in Entwicklungsländern, die besonders gefährdet sind. Der neue Ausgleichsfonds soll unabwendbare Folgen der Erderhitzung abfedern, wie etwa immer häufigere Dürren, Überschwemmungen und Stürme, aber auch der steigende Meeresspiegel und Wüstenbildung.

Des Weiteren bekräftigten die Staaten ihre im Vorjahr in Glasgow getroffene Entscheidung, schrittweise aus der Kohle auszusteigen. Ein Abschied von Öl und Gas wird aber nicht erwähnt – was etliche Staaten gefordert hatten, darunter Indien, die EU und auch die USA.

Auch findet sich erstmals die Forderung nach einem Ausbau der Erneuerbaren Energien im Abschlussdokument einer Klimakonferenz.

Im finalen Papier werden die Staaten außerdem aufgefordert, ihre größtenteils unzulänglichen Klimaschutzpläne bis spätestens zur nächsten Klimakonferenz nachzubessern. Die Nachbesserungen bleiben freiwillig, eine Verpflichtung gibt es nicht. ²

Insgesamt lässt sich sagen: Die 27. UN-Klimakonferenz ist als eine Chance zu verstehen, den internationalen Klimaschutz nach vorne zu bringen, um gemeinsam den Pfad zu Netto-Null-Emissionen einzuschlagen.

Dafür braucht es jedoch klare Bekenntnisse, die Unterstützung der vulnerablen Staaten und eine deutliche Zielerhöhung:

- Klare Botschaft - Alle Staaten steigen aus den fossilen Energien Kohle, Öl und Gas aus und setzen bei ihrer Energiegewinnung stattdessen auf erneuerbare Energien.
- Zielerhöhung und Umsetzung - Alle Länder müssen ihre nationalen Beiträge beim Klimaschutz erhöhen und daran arbeiten, Klimaschutzmaßnahmen im Einklang mit diesen Zielen ambitioniert und schnell umzusetzen.
- Unterstützung - Die Industrieländer erfüllen und überschreiten ihr Ziel von 100 Milliarden USD Klimafinanzierung in diesem Jahr sowie insgesamt mehr als 600 Milliarden USD für den Zeitraum 2020-2025. Hiervon wird die Hälfte für Anpassungsmaßnahmen bereitgestellt. ³

² Quelle <https://www.wiwo.de/politik/ausland/cop27-abschlusserklaerung-steht-das-sind-die-ergebnisse-der-un-klimakonferenz/28820866.html>

³ WWF – Pressemitteilung, 16.11. 2022; Quelle: <https://www.wwf.de/themen-projekte/klima-energie/un-klimakonferenzen/un-klimakonferenz-cop27-in-sharm-el-sheikh>

- Bis zum Jahr 2025 wird Deutschland seinen Beitrag aus öffentlichen Mitteln für die internationale Klimafinanzierung auf sechs Milliarden Euro jährlich ausbauen – und parallel dazu auch weitere private Mittel mobilisieren.
- Alle Länder arbeiten daran, ihre öffentlichen und privaten Finanzströme mit den Klima- und Biodiversitätszielen und den Nachhaltigkeitszielen in Einklang zu bringen.

3. Weiteres Vorgehen

3.1 Umsetzung in Deutschland

Das Bundesverfassungsrecht befand in einem Urteil vom 29. März 2021 das deutsche Klimaschutzgesetz als unzureichend. Die amtierende Bundesregierung verabschiedete darauf umgehend das erste Gesetz zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes.

Zentrales Ziel der deutschen Klimaschutzpolitik ist die Minderung von Treibhausgasemissionen: Treibhausgasneutralität bis 2045

Für das Jahr 2040 gilt ein Minderungsziel von mindestens 88 Prozent. Auf dem Weg dorthin sieht das Gesetz in den 2030er-Jahren konkrete jährliche Minderungsziele vor. Bis zum Jahr 2045 soll Deutschland Treibhausgasneutralität erreichen. Es muss dann also ein Gleichgewicht zwischen Treibhausgasemissionen und deren Abbau herrschen. Nach dem Jahr 2050 strebt die Bundesregierung negative Emissionen an. Dann soll Deutschland mehr Treibhausgase in natürlichen Senken einbinden, als es ausstößt.

Das Gesetz betont den Beitrag natürlicher Ökosysteme zum Klimaschutz. Wälder und Moore sind Kohlenstoffspeicher - sogenannte natürliche Senken. Sie sind wichtig, um unvermeidbare Restemissionen von Treibhausgasen zu binden. ⁴

Der Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung ist ein strategisches Gesamtkonzept für die Energie- und Klimapolitik bis zum Jahr 2050. Er legt die Maßnahmen fest, die erforderlich sind, um die gesetzten, langfristigen Klimaziele Deutschlands zu erreichen.

Die Klimaziele werden kontinuierlich per Monitoring überprüft. Der Expertenrat für Klimafragen legt ab dem Jahr 2022 alle zwei Jahre ein Gutachten über die bisher erreichten Ziele, Maßnahmen und Trends vor.

Klimaschutz europäisch abstimmen

Auf EU-Ebene wurde Anfang Dezember 2020 beschlossen, dass das EU-Klimaschutzziel für 2030 verschärft werden soll. Bis dahin sollen die CO₂-Emissionen nun um 55 %, statt wie ursprünglich geplant 40 %, gegenüber 1990 reduziert werden. Ziel ist es, bis 2050 Klimaneutralität - ein Bestandteil des Green Deal Konzepts - zu erreichen. Die Verwaltung berichtete darüber mit der Vorlage 14/3842.

Die Energie- und Umweltministerinnen und -minister haben im Anschluss daran eines der umfassendsten Klimaschutzpakete in der Geschichte der Europäischen Union auf den Weg gebracht. Sie verständigten sich darauf, bestehende Klimaschutzvorgaben zu verschärfen.

⁴ Bundesregierung - Generationenvertrag für das Klima, 15.11. 2022; Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschutzgesetz-2021-1913672#:~:text=Klimaschutzgesetz%20Generationenvertrag%20f%C3%BCr%20das%20Klima,65%20Prozent%20gegen%C3%BCber%201990%20sinken.>

Grundlage dafür ist das „Fit-for-55-Paket“ der EU-Kommission, mit dem die EU ihre Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um 55 Prozent senken und damit die Vorgaben des Pariser Weltklimaabkommens einhalten will. Das Paket wurde am 14. Juli 2021 der Öffentlichkeit vorgestellt.

3.2 Relevanz für den LVR

Erste Transformationsprozesse wurden im LVR auf den Weg gebracht. Die betriebliche Bewirtschaftungsdimension lässt sich kurz wie folgt beschreiben: Neben der Zentralverwaltung in Köln Deutz verfügt der LVR über mehr als 70 Dienststellen oder wie Eigenbetriebe geführte Einrichtungen. Darunter fallen rund 1016 Liegenschaften unterteilt in rund 580 Hektar allgemeines Grundvermögen und in rund 420 Hektar Sondervermögen. Die beheizte Bruttogeschossfläche beträgt 1,5 Mio. qm. Der LVR verfügt zusätzlich über Waldfläche von 2.232.765 qm in NRW. Im Sektor Mobilität verfügt der Verband über mehr als 900 Dienstfahrzeuge.

Neben dem Bereich der Beschaffung und der darin vorgelagerten Lieferkette werden CO₂-Emissionen im Wesentlichen in den Sektoren der Gebäudeinfrastruktur und Mobilität freigesetzt.

In den letzten Jahren sind neue relevante politische Beschlüsse mit hoher Dringlichkeit hinzugekommen, die die Bearbeitung in der Zentralverwaltung in Bezug auf CO₂-Emissions-Monitoring, Datenanalyse, dezernatsübergreifende innerbetriebliche Umsetzung und Öko-Auditierungen einleiten sollen.

So erstellt die Verwaltung derzeit eine LVR-Treibhausbilanz, die auf Basis objektiver Daten und derzeit gültiger Berechnungsgrundlagen einen realistischen Weg zur Klimaneutralität aufweisen soll. Dabei werden zunächst die bereits jetzt im Zuge des Klimaschutzkonzeptes umgesetzten Maßnahmen und zukünftige LVR-Programme (bspw. Gebäudesanierung, Heizungsumrüstung, Fuhrparkumstellung, etc.) erfasst und deren Auswirkungen auf die Treibhausgasbilanz berechnet. Darauf aufbauend kann das notwendige CO₂-Emissions-Einsparpotential sektoral bewertet werden.

Das Zähler- und Messstellenkonzept ist beauftragt und wird im Bereich des Allgemeinen Grundvermögens derzeit ausgerollt. Die daraus gewonnenen Messwerte werden in eine Energiedatenmanagement-Software eingespeist, ausgewertet und analysiert. Im ersten Halbjahr 2023 ist eine Berichterstattung zur LVR-Treibhausgas-Bilanz - perspektivisch Klimaneutralität - geplant.

Auch eine flächendeckende Einführung von EMAS als Umweltmanagementsystem (UM-System) in allen LVR-Dienststellen wurde durch den Verwaltungsvorstand beschlossen und wird weiter vorangebracht. Dieses UM-System legt alle zur wirkungsvollen Umsetzung der Umweltpolitik notwendigen Maßnahmen und Vorgehensweisen verbindlich fest.

Die Dezernate 1,3 und 6 erstellen gemeinsam ein Mobilitätskonzept, das zu einer Reduzierung von CO₂-Emissionen führen soll.

Nicht nur in Bezug auf eine mögliche Gasmangellage ruft der LVR seine Mitarbeitenden mit konkreten Empfehlungen zum gemeinsamen Handeln auf. Denn mögliche

Energieeinsparungen schonen auch das Klima. Zudem werden durch die Veröffentlichung des Klimaheftes in einfacher Sprache junge Menschen für das Thema sensibilisiert.

Die Verwaltung wird zu gegebener Zeit wieder berichten. Änderungen der politischen Rahmenbedingungen werden laufend berücksichtigt.

Die politische Vertretung wird gebeten, den Sachverhalt zur Kenntnis zu nehmen.

Im Auftrag

S t ö l t i n g